

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 48 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 26. November 1932

### Klare Linie halten!

Die politische und soziale Unrast der Jetztzeit, noch verstärkt durch die wirtschaftliche Notlage des einzelnen, führt zu leicht dazu, von den klaren Linien sachlicher Erkenntnis abzurutschen. So genannte „Parolen“ politischer Parteien oder Vereinigungen, die sich zu Recht oder Unrecht „Bewegung“ nennen, appellieren in mehr oder minder geschwollenen Ausdrücken an das Verantwortungsgefühl des einzelnen. Manchmal allerdings wird viel mehr auf seine Vergeßlichkeit oder Oberflächlichkeit spekuliert. Immer in der klaren Linie zu bleiben, ist eine besondere Notwendigkeit für den Gewerkschaftler, wenn er trotz der erwarteten und unvermuteten Hemmungen dem gewerkschaftlichen Ziele der Besserstellung seines Standes zuarbeiten will.

Wir haben in diesem Jahre wiederholt zu staatspolitischen Fragen Stellung genommen, die in ruhigen Zeiten und bei ruhiger Fortentwicklung des politischen Lebens nicht so nahe an den engeren gewerkschaftlichen Aufgabenkreis heranreichen. In diesem Jahre wurden sie Lebensfragen der Gewerkschaften. Mit der verfassunggebundenen Staatspforte, mit der die Verfassung respektierenden Staatsregierung, mit einem freiheitlich und sozial gestimmten und zugleich arbeitsfähigen Parlament hängt die Arbeitsmöglichkeit der Gewerkschaft stark zusammen. Uebersehen wir das Ergebnis des Ganzen — und stoßen wir uns nicht an Einzelheiten und Episoden —, dann kann gesagt werden, daß unser Streben Erfolg gehabt hat. Auch hier muß man immer wieder wagen, daß Verhindern von Verschlechterungen nicht minder hoch einzuschätzen ist als das Erreichen von Verbesserungen. Was im Laufe dieses Sommers durch Revolution von oben versucht werden sollte, war doch die Ablenkung und Mundtotmachung der unteren Volksschichten und ihrer öffentlichen Organe, der Gewerkschaften, von der Beeinflussung des staatlichen Lebens. Weitere Erschwerung der sozialen Tätigkeit wäre die natürliche Folge gewesen. Wählen und auch zur Verstärkung der eigenen Stimme sich parteipolitisch betätigen bleibt aber immer nur ein Teilstück im Aufstiegs-kampf. Wir haben die Notwendigkeit dieses Tuns zu gegebener Zeit entsprechend beleuchtet. Der Arbeiterstaatsbürger, der seine persönliche Leistung am Standesaufstieg hiermit erschöpft sieht, ist aber ein Halber, ein Stümper. Der Herr Unorganisierte kann mit kraftvollem Gehaben Selbstberuhigung vortäuschen, der Gewerkschaftler sieht seinen Pflichtenkreis anders. Stets wird das gewerkschaftliche Tun und die Pflege der hierfür geschaffenen Einrichtungen bei ihm im Mittelpunkt stehen. Und da gilt es, den Unorganisierten von der

Unzulänglichkeit seiner Auffassung zu überzeugen. Da gilt es, den Kleingeistigen in den eigenen Reihen zu größerem Denken anzuspornen, da gilt es, ganz besonders, im Verband und im Gewerkschafts-kartell sich auch um die inneren Voraussetzungen der Schlagfertigkeit zu kümmern. Es ist nicht nur allein die Aufgabe des Verbandsvorstandes, der Verbands-angestellten, des Vorsitzenden und des Kassierers, für gesunde Finanzen und einen flott arbeitenden Verbandsapparat zu sorgen, sondern jeder vorwärtsstrebende Gewerkschaftler hat die gleiche Pflicht, hier mit zuzusorgen. Klare Linie also, sich seiner Gesamtverantwortung bewußt sein!

Wir haben die Ueberzeugung, daß ein volles Gelingen unseres gewerkschaftlichen Strebens von unserm Aufstieg in der Kultur abhängig ist. Der politische Raisonneur, der Klobian im besseren Anzug, der Bildungsbesessene im Hintertreppentino ist für uns nicht der Typ, der den christlichen Arbeiterstand der Zukunft firmieren soll. Wir sehen uns also auch in Notzeiten dafür ein, daß unsere sozialen Standesorganisationen: Jugendvereine, Gesellenvereine und Arbeitervereine aktionsfähig bleiben. Selbstverständlich müssen die dortigen Leitungen sich auch an die Gegebenheiten des Lebens halten, sich nicht allein als den Mittelpunkt allen Geschehens betrachten und auch in Fragen der Beiträge berück-sichtigen, daß die Gewerkschaftsbewegung im härtesten Falle das Erste und Unersehbare ist. Soweit dies berücksichtigt wird, fühlen wir uns verpflichtet, mit allen Kräften die Arbeit dieser Standesorganisationen zu fördern und für uns selbst geistig recht viel dabei herauszuschlagen. Klare Linie halten!

Es gibt noch eine Reihe weiterer Vorgänge im Leben, die den Menschen auf die Verstandesprobe stellen. Unsere arbeitslosen Berufsangehörigen sind von vielen Anfechtungen der Not bedroht. Die Arbeitstätigen finden heute so manches Haar in der Suppe. Not macht erfinderisch, Not macht auch manchmal verdriesslich, sogar unzugänglich. Miß-stimmung, Verbitterung, Verzagen bleiben aber trotzdem die unzulänglichsten Stappen im Kampf ums Dasein. Nach Abschluß dieser großen Wirtschaftskrise wird festzustellen sein, wer die eigene geistige Krise bestanden hat. Wir als Gewerkschaftler wollen streben und wirken, daß die klare Sicht unseres Zieles stets erkenntlich bleibt. Wir wollen arbeiten, daß die Angehörigen unseres Berufes möglichst vollzählig mit uns eines Geistes sind. Dieser Geist, von Gegnern im herabziehenden Ton „Gewerkschaftsgeist“ genannt, wird es sein, der den Gegnern des sozialen Ausgleichs das Recht erneut abringen wird.

### Tagung der Verbandsförperschaften

Notzeiten haben ihre eigenen Gesetze. Die im vorigen Jahre eingetretene Verteilung des Wirtschaftslebens war Anlaß, die bereits einberufene Verbandsgeneralversammlung zunächst zu verschieben. Die Gründe für diese Maßnahmen haben die Anerkennung der Kollegenschaft gefunden. Die zeitbedingten Notmaßnahmen mußten durch die in § 22 der Verbandsatzung vorgezeichneten Körperlichkeiten erledigt werden. Es ist dies der Verbandsvorstand, der Verbandsauschuß und die Vertreter der Bezirke. Den wohlverstandenen, auf größere Sicht gesehenen Bedürfnissen der Kollegen Rechnung zu tragen und die Aktionskraft des Verbandes für alle Fälle sicherzustellen, ist ihre Aufgabe.

Am 15. und 16. November hat wiederum eine gemeinsame Sitzung dieses „Reichsrats“ des Verbandes stattgefunden. Einleitend gedachte Kollege Schmidt unseres verstorbenen ersten Vorsitzenden, des Kollegen Wiedeberg, in einem herzlichen Nachruf. In dem dann folgenden Vortrag über die Lage des Verbandes behandelte er die wirtschaftliche Entwicklung im Bau-

beruf und die daraus erfolgte Verschlechterung der Lebenslage unserer berufstätigen und arbeitslosen Kollegen, wie auch die naturgegebene Abhängigkeit der Verbandsfinanzen von diesen Tatsachen. Die lange Arbeitslosigkeit hat die Zahl derer, die sich offiziell als Verbandsmitglieder bezeichnen können, immerhin etwas eingeschränkt. Eine große Anzahl von Kollegen hat in der Auffassung, daß zunächst in unserem Beruf keine Arbeitsmöglichkeit gegeben ist, einen andern Erwerbsweg gesucht. Viele werden, wenn die Verhältnisse sich wieder wenden, gern wieder in den Lauberuf zurückkehren. Ein Teil wird uns fernbleiben können, wenn er in landwirtschaftlicher Siedlung neuen Erwerb und Lebensinhalt gefunden hat. Sicher gibt es auch Kollegen, die aus Mißstimmung über die Zeitverhältnisse sich von ihrer Organisation abgewandt haben. Eine ruhigere Zeit wird ihren Blick wieder klären. Die jetzige Notzeit hat für alle, die in der Arbeiterbewegung das Produkt der Verheerung durch Agitation gesehen haben, den Beweis erbracht, daß der solidarische Ge-

danke unentziehbares Kulturgut der deutschen Arbeiterschaft geworden ist. Die geistigen Bande werden die jetzige Zeit überdauern, und bei Wiederanstieg des Wirtschaftslebens werden die Lücken wieder gefüllt werden. Wer dann mit Stolz sagen kann: ich habe die Treue auch in der Not gehalten, wird innerste Befriedigung erleben. Die Einnahmen des Verbandes aus Beiträgen mußten naturgemäß infolge der Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Stundenlöhne wesentlich zurückgehen. Daß die Ausgaben heute die Einnahmen übersteigen, daß stark von den Reserven gelebt werden muß, ist selbstverständlich. Die bescheidener gewordenen Gesamtunterstützungsbeiträge werden im Einzelfall immer noch manche Not lindern, sie dürfen allerdings den Hauptzweck des Verbandes, Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht behindern. Hier immer wieder richtig gegeneinander abzuwägen, ist die Aufgabe derer, die für die Kollegenschaft Treuhänder sind. In diesem Sinne müssen auch wiederum Beschlüsse gefaßt werden. Die staatspolitischen Verhältnisse und insbesondere die sozialpolitische Entwicklung fanden entsprechende Beurteilung. Das Vorgehen der Arbeitgeber, dort, wo die Lohn-tarife formell ablaufen, erneut an ihnen zu knabbern, zeugt von einer sozialpolitischen und auch wirtschaftlichen Kurzsicht, die sich an ihnen rächen wird. Das bröckchenweise Stehlen beim wirtschaftlich Schwächeren ist keine volkswirtschaftliche Großtat und auch staatspolitisch unklug. Kollege Gagemeter besprach Zukunftsfragen im Beruf und Verband. Nach Behandlung allgemeiner staatspolitischer und wirtschaftlicher Tatsachen wurden die Ausichten für die Bauwirtschaft im nächsten Jahre besprochen. Der Verband wird sich bemühen, auch weiter die Öffentlichkeit für die notwendige Belebung der Bauwirtschaft zu interessieren. Neben unserm verständlichen Bestreben auf Arbeitsbeschaffung für unsere Berufsangehörigen können wir darauf verweisen, daß gesunde Wohnquartiere Krankheit und Unfruchtbarkeit verhüten, den Familien- und Staatsbürgerinn stärken, daß zeitgemäße Fabrikationsstätten die Produktion erleichtern und daß die durch Jahre zurückgestellten öffentlichen Bauten den Verkehr beschleunigen bzw. notwendigem Kulturbedarf dienen. Die Maßnahmen der — inzwischen durch den Volkswillen von den Regierungssesseln her-untergedrängten — Regierung Papen, soweit sie der Wirtschaftsanforderung dienen wollten, waren innerlich unlogisch, sie haben sich teilweise gegenseitig auf. Der deutschen Volkswirtschaft würde weiter außerordentlich gedient, wenn die gegenseitigen wirtschaftlichen Erschwerungen infolge überhöhter Zinsen abgebaut würden. Wir wissen, daß eine solche notwendige Maßnahme, unorganisch durchgeführt, mehr Schaden als Nutzen anrichten kann. Es ist aber schließlich notwendig, daß sich Wirtschaftler und Nationalökonomien zusammenfinden, die der organischen Durchführung dieser Aktion vorarbeiten. Heute ist das übliche hohe Zins-nehmen zu einer gegenseitigen Quälerei und einem gegenseitigen Betrug geworden, der in einer Tötung des Wirtschaftslebens seine traurige Krönung findet. Zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft gehört notwendigerweise eine bessere Pflege der Konsumkraft der breiten Volksmassen. Das ist auch für das Wohntünnen in Neubauten maßgebend. Notwendig ist aber auch, der Geldbeschaffung für die Bauwirtschaft systematischer vorzuarbeiten. Der Beschluß der Reichs-anstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosen-versicherung, 5 Millionen Mark als Kredit für den Wohnungsbau unter bestimmten Voraussetzungen bereitzustellen, muß als ein Anfang angesehen werden, dem Wirtschaftsleben von der positiven Seite zu dienen. Der Freiwillige Arbeitsdienst darf trotz seiner pädagogischen Absichten nicht in ureigene Lebensgebiete der Bauwirtschaft hineinrücken, wenn er mit seiner Rückseite nicht das umstoßen will, was er, bildlich gesehen, mit den Händen aufzurichten sich bemüht. Da die im großen Umfang aus bitterster Not im Arbeitsdienst „frei-willig“ Befindlichen unseres Klates sind, haben wir uns als Verband ihrer anzunehmen. In unseren Ver-sammlungen wollen wir den Geist des gemeinsamen Verbundenheits noch intensiver als jeither pflegen. Unsere Generalversammlungen im kommenden Winter müssen dem Verband opferfreudige Vorstands-

mitglieder und Vertrauensleute wählen. Jede Möglichkeit, der sozialen Verbundenheit zu dienen, soll ausgeschöpft werden. Der Rechtschutz des Verbandes ist über seine frühere Zielsetzung wesentlich hinausgewachsen. Das wissen unsere Kollegen zu schätzen. Die Aussprache pflichtete den Ausführungen der Redner bei und brachte noch manche gute Ergänzung. Sie bewies insbesondere, daß das gegenseitige Verstehen zwischen den Verbandskollegen und den Organen des Verbandes ein gutes ist. Auf dieses Fundament des Vertrauens stützen wir unsere Hoffnung für bessere Zeiten. Uebereinstimmung bestand darin, daß, sobald es die technischen Voraussetzungen ermöglichen, die eigens gewählten Vertreter der Kollegenschaft zur Beschlusfassung über die gesamten Verbandsaufgaben zusammentreten sollen. Vorgezogen ist, daß dies möglichst im zweiten Vierteljahr des nächsten Jahres erfolgen soll. Der Zeitpunkt wird insofern günstig sein, weil dann eine innerorganisatorische Gesamtsicht des Jahres 1932 gegeben werden kann, und durch die dann abzuschließenden wirtschaftlichen Verhältnisse auch die grundsätzlichen Fragen der Verbandseinrichtungen neu festgelegt werden können. Seit der Wahl der Delegierten für den vorjährig geplanten Verbandstag haben sich eine Reihe von Veränderungen ergeben. Wegen Wegzuges oder auch Todesfällen mußten eine Anzahl Neuwahlen oder Rücktritte auf Ersatzmänner stattfinden. Die Veränderungen im Mitgliederstand so-

wohl hinsichtlich der Zahl wie auch der räumlichen Verteilung macht es notwendig, daß eine Neuwahl der Delegierten getätigt wird.

Um für die Zeit bis zum Verbandstag die Schlagkraft und Beweglichkeit des Verbandes in jeder Weise sicherzustellen, mußte eine neue Überprüfung der Verbandsjahrgänge und insbesondere der Beiträge und der Höhe der Unterstützungen vorgenommen werden. Grundsätzliche Fragen dieser Art gehören vor die Generalversammlung. Eine eingehende Vorlage des Hauptvorstandes, begründet vom Kollegen Steiof, fand nach einer gründlichen Aussprache einstimmige Anerkennung. Der neuherauskommende Satzungsantrag wird den Verwaltungsstellen zeitgerecht zugehen. Die ermäßigten Verbandsbeiträge und die entsprechend gestalteten Unterstützungssätze treten mit dem 1. Januar 1933 in Wirkung. Bei ruhiger Sicht wird jeder Beiträger finden, daß sowohl den Verhältnissen des einzelnen, wie auch den notwendigen Bedürfnissen des Trägers der Gesamtheit, also des Verbandes, Rechnung getragen ist.

Von einem Appell an die Reichsregierung in Fragen der Belebung der Bauwirtschaft sowie hinsichtlich der Sozialpolitik wurde abgesehen. Neuen Männern werden wir rechtzeitig unsere berechtigten Forderungen anmelden. Mit Eifer an die Verbandsarbeit herangehen, das war der Schluß und Ausklang der Tagung.

Berücksichtigung finden. Das sind aber natürlich Maßnahmen, die nur im Augenblick die größte Not beseitigen können. Es muß aber zweifellos auf lange Sicht etwas Entscheidendes geschehen. Von der Tatsache ausgehend, daß in den betroffenen Gebieten in früheren Zeiten Landwirtschaft, Heimindustrie, Tabakindustrie, Textilindustrie, Steinbrucharbeit Erwerb boten, ist vor allem die Frage zu prüfen, wie weit die Wanderarbeiter durch eine Neubelebung der alten Gewerbegebiete wieder in Brot gebracht werden können und ob nicht auf Grund der Boden- und Wasserhältnisse Möglichkeiten zum Anbau von neuen Industrien bestehen. Eine weitere Frage ist, ob nicht in manchen Wandergebieten vorhandener Grundbesitz, der vielfach völlig unrentabel ist, aufgeteilt werden und so den Klein- und Kleinstbesitzern eine bauerliche Existenz verschafft werden kann. Soweit die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, bzw. soweit trotz der im vorhergehenden vorgeschlagenen Maßnahmen eine Beschäftigung der Wanderarbeiter nicht erreicht werden kann, muß unbedingt darauf gedrängt werden, daß die siedlungsbereiten Wanderarbeiter bei der Neusiedlung, vor allem im Norden und Osten des Reiches, entsprechende Berücksichtigung finden. Für die Siedlung sind die Wanderarbeiter besonders darum geeignet, weil sie von Kindheit an meist in der Landwirtschaft tätig gewesen sind. Wir hoffen und erwarten, daß die behördlichen Stellen sich mit allem Ernst mit dieser Frage befassen und alles tun, um der Not in den Wandergebieten zu steuern.

## Die Notlage der Bauarbeiter in den Wandergebieten

Es heißt bald leeres Stroh drehen, wenn man von der Notlage des Baugewerbes und insbesondere der Bauarbeiter spricht. Doch muß man immer wieder die Tatsache feststellen, daß die Erkenntnis dieser Notlage noch nicht weit genug gedrungen ist, um endlich an eine ernsthafte Hilfe zu denken. 30 Prozent der Bauarbeiter waren bereits im Durchschnitt des Jahres 1931 arbeitslos, im Jahre 1932 dürften im Jahresdurchschnitt kaum noch 15 Prozent beschäftigt gewesen sein. Tausende und aber Tausende von Bauarbeitern haben zwei Jahre und mehr schon keine Arbeit in ihrem Beruf mehr gefunden. Nirgends aber zeigt sich die Not der Bauarbeiter so konzentriert, wie in den sogenannten Wandergebieten, d. h. in jenen Gebieten, in denen ein großer Teil der Bevölkerung keine ausreichende Existenzgrundlage hat und daher gezwungen ist in anderen Gebieten Arbeit zu suchen. Es handelt sich vor allem um Oberschlesien, die Grenzmark, das Fuldaer Land, das Eichsfeld, den Westerwald, Teile des Harzraums und der Eifel und Teile des östlichen Westfalens. In der Mehrzahl der Fälle haben diese Arbeiter in früheren Jahren über den meist vorhandenen Klein- und Kleinstbesitz hinaus eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit im Baugewerbe, vor allem der Industriegegenden, gefunden, die bei normaler Konjunktur selbst nicht genügend Bauarbeiter anwies. Der Niedergang des Baugewerbes in den letzten Jahren hat dahin geführt, daß diese Zuwanderungsgebiete selbst den ortsansässigen Bauarbeitern nur zum geringsten Teil noch Beschäftigung geben konnten, und daher die Wanderarbeiter schon gar keine Arbeit mehr dort fanden. So ist es gekommen, daß in diesen Gebieten die Erwerbslosigkeit noch weit über den sonstigen Durchschnitt hinaus gestiegen ist. Es dürfte nur ein ganz geringer Prozentsatz sein, der dort noch mehr als fünf Prozent betragen, der noch bei kleinen Bauvorhaben in den Wandergebieten selbst beschäftigt wird.

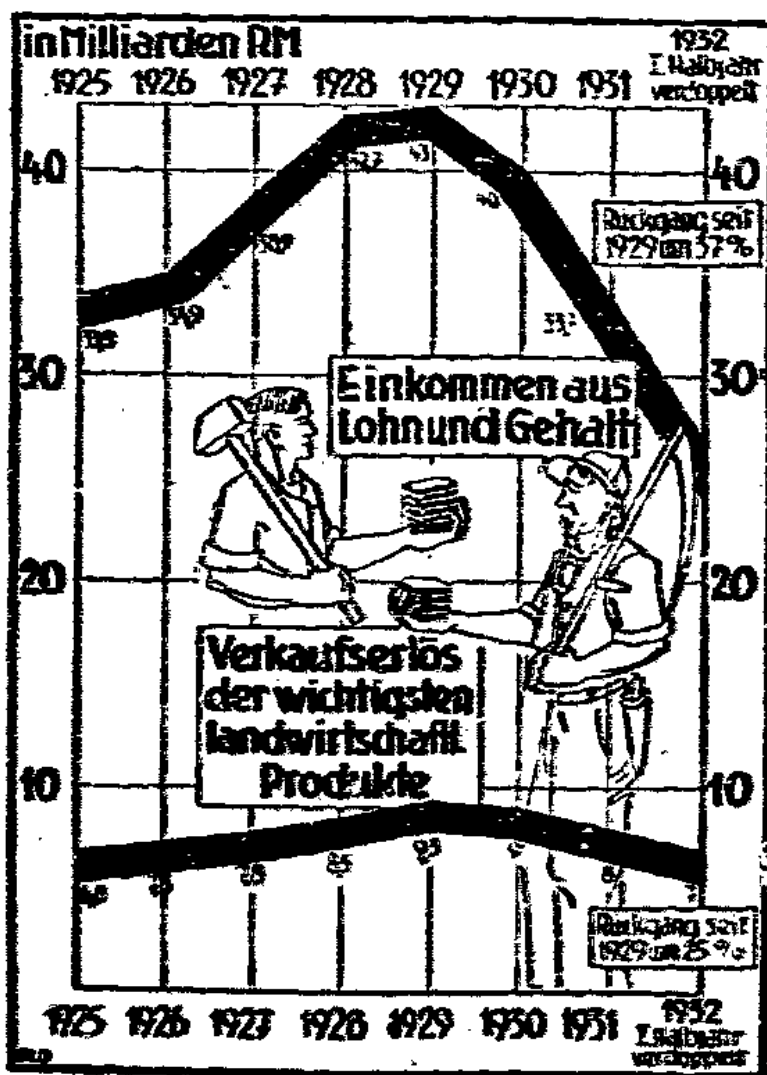
Kann ist die Ansicht weit verbreitet, daß trotzdem die Arbeitslosigkeit für die Wanderarbeiter nicht so drückend sei wie für die Bauarbeiter in den Städten. Das war vielleicht einmal der Fall, als die Arbeitslosigkeit eben noch von geringer Dauer war. Dann bot in den meisten Fällen der Kleinlandwirtschaftliche Betrieb eine gewisse Sicherung für die Wanderarbeiter. Anders aber ist es jetzt. Gerade in den Wandergebieten ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit weit höher als anderswo. Die meisten sind bereits zwei Jahre und mehr völlig ohne jede Beschäftigung. Sie sind in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgegliedert und werden von der Fürsorge betreut. Dabei erhalten sie aber in den allermeisten Fällen nur einen Bruchteil der Unterstützungsrichtsätze, weil die Gemeinden aus Mangel an Mitteln den Gemeindeanteil an der Wohlfahrtsunterstützung nicht ausbezahlen können, oder weil ihnen der geringfügige Betrag auf die Unterstützung in Anrechnung gebracht wird. Ein sehr großer Prozentsatz erhält aus dem letztgenannten Grunde überhaupt keine Unterstützung mehr. Das macht die Lage in dieser Lage ist aber vielleicht die Frage, die viele bewegt, ob sie überhaupt je wieder Arbeit im Baugewerbe bekommen. Man kann heute noch nicht beurteilen, wie weit das Baugewerbe in den nächsten Jahren sich wieder beleben wird. Aber man kann wohl mit einiger Sicherheit sagen, daß wir eine Panzarkonjunktur wie in den Jahren 1927/28 fürs erste nicht wieder bekommen werden. Damit besteht tatsächlich die Gefahr, daß die augenblickliche Arbeitslosigkeit in den Wandergebieten sich zu einer Dauerarbeitslosigkeit entwickelt. Das aber bedeutet, man muß das einmal offen aussprechen, daß die Wanderarbeiter der völligen Verelendung preisgegeben werden.

Ingefaßtes dieser Lage bedarf es keiner Frage, daß über die allgemeinen Bemühungen um die Wiederbelebung des Baumarktes hinaus besondere Maßnahmen für die Wandergebiete getroffen werden müssen. Unser Ver-

band hat daher bezüglich der Behebung der Not in den Wandergebieten eine besondere Eingabe an die Preussische und Hessische Regierung gemacht, die für diese Gebiete hauptsächlich in Frage kommen. Er hat angeregt, daß bei der Preussischen und Hessischen Staatsregierung wie auch bei den Regierungsbezirken besondere Stellen mit der Betreuung der Wandergebiete beauftragt werden. Außerdem verlangt er, daß im Augenblick unbedingt etwas geschehen muß, um eine ausreichendere Unterstützungszahlung in den Wandergebieten zu gewährleisten. Zu erwägen wird auch sein, ob nicht bei den im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung durchgeführten oder noch durchzuführenden Straßen- und Kanalbauten, die ja durchweg in Gebiete durchgeführt werden, die selbst keinen für diese Arbeiten ausreichenden Arbeiterstamm haben, die Wanderarbeiter entsprechende

## Die wirtschaftliche Verbundenheit von Bauer und Arbeiter

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat keinen Volksteil in Deutschland verschont. Es ist dies ja nicht zu verwundern, wenn man sich die wirtschaftlichen Zusammenhänge etwas überlegt. Sinkt der Lohn des Arbeiters, der Angestellten, der Beamten, die zusammen fast vier Fünftel des deutschen Volkes ausmachen, so kann eben das Volk nicht mehr soviel kaufen wie vorher, wenn nicht die Preise in gleichem Umfange herabgesetzt werden. Vor allem die deutsche Landwirtschaft ist doch darauf angewiesen, daß das von ihr erzeugte Brot, die Milch und das Fleisch von den breiten Massen gekauft werden können. Das Bild zeigt, wie neben der Schrumpfung der Einkommen aus Lohn und Gehalt auch die Verminderung des Verkaufserlöses der Landwirtschaft nahegeht. Dabei sind die Einkommen der Arbeitnehmer seit ihrem Höchststande um 37 Prozent zurückgegangen, der Verkaufserlös der Landwirtschaft aber um 25 Prozent. Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft aus den Veredelungsprodukten sind jedoch viel mehr zurückgegangen als die aus der Ackerbauwirtschaft. Infolge der schwachen Kaufkraft fielen nicht nur die Preise für alle Viehprodukte ganz bedeutend, sondern auch die Menge der abzulebenden Ware wurde ganz bedeutend geringer.



## Gefahren des Abbaus von Berufsschulen

Die Belastungen der Jetztzeit für die Gemeinden führen natürlicherweise dazu, das gesamte Ausgabenwesen immer wieder nach Einsparungen zu überprüfen. Dabei erfolgen dann oft Einschränkungen, die zwar vom finanzwirtschaftlichen Standpunkte aus verständlich sind, aber — in weiterer Sicht betrachtet — zu größeren Schäden führen. Es sei hierbei nur an die Einschränkungen in der Volksgesundheitspflege erinnert. Spätere Mehrausgaben und Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitsstandes sind die Wirkung.

In neuerer Zeit gehen ernsthafte Bestrebungen um, auch bei den Berufsschulen zu sparen. Die Erfahrung hat aber auch für den besten Volksschüler gelehrt, daß die Wiederholung des schulmäßig Gelernten und die Zuführung neuen Wissens dringend notwendig ist, um im Lebenskampf entsprechend gewappnet zu sein. Das dem Beruf besonders geeignete Wissen kann nur an Berufsschulen erworben werden. Was hier unterlassen wird, muß sich notwendigerweise zumungunsten der späteren Leistungsfähigkeit auswirken. Und ein Besonderes darf nicht übersehen werden: wieder würden es die Angehörigen der unteren Volksschichten sein, denen in diesem Falle geistiges Gut vorenthalten würde, das denen, die in der Lage sind, höhere Schulen zu besuchen, zum großen Teil auf Kosten der Allgemeinheit vermittelt wird. Nicht nur die Spannungen im Besitzstand, sondern auch die Spannungen im Bildungsstand führen letzten Endes zu sozialen und politischen Entfremdungen, die dem allgemeinen Wohl nicht dienlich sein können.

Ein Abbau der Berufsschulen würde aber in jeglicher Zeit auch noch eine ganz besonders ungünstige Wirkung haben. Wir empfinden alle die besonderen Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf geistigem Gebiete. Die Berufsschule bildet nicht nur Ablenkung vom geisttötenden Grübeln, sondern sie regt an. Sie ist in vielen Fällen zur Zeit die einzige Stelle, wo der junge Arbeitslose einmal für Stunden dem Grübeln über die Beschäftigungslosigkeit entzogen ist, ihre vielseitigen anderen pädagogischen Wirkungen nicht zu vergessen. Es muß also gefordert werden, daß allen Bestrebungen, auf diesem Gebiete zu sparen, soweit entgegengetreten wird, daß dem Ziel der Berufsschulen kein Abbruch geschieht.

## Notverordnetes

Die Streitfragen über die Auslegung und quietistische Ausnutzung der Verordnung über Mehrinstellung von Arbeitnehmern vom 5. September reifen noch immer nicht ab. Die Laus wird um den Pelz geschunden. Die baugewerblichen Arbeitgeberorganisationen machen hier den Fürsprecher, der Reichsarbeitsminister ist entgegenkommend. Ein baugewerblicher Betrieb soll dann nicht als stillgelegt angesehen werden, wenn er nur aus Mangel an Aufträgen mit der Arbeit eine Zeitlang aussetzen mußte, der Unternehmer jedoch in seinem Unternehmen tätig geblieben ist. Man erzielt damit die Möglichkeit, Einstellungsprämien zu erzielen und Lohnsenkungen für die 31. bis 40. Stunde vornehmen zu dürfen. Die Bemessungsgrundlage für die Feststellung der Beschäftigtenzahl ist durch die Verordnung vom 14. September auf der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aufgebaut worden. Das könnte die Pläne der Unternehmer bei Arbeitszeitverkürzung stören, infolge ungünstiger Lichtverhältnisse. Hier hat der Reichsarbeitsminister zunächst den Unternehmerwünschen nicht recht gegeben, sie hoffen aber noch auf eine Entscheidung der Schlichter in ihrem Sinne. Nach einer Arbeitsgebernotiz sollen Tariflohnunterbrechungen wegen Belegschaftszunahme auch dann zu Recht bestehen, wenn diese Mehrinstellung schon vor dem Ercheinen der Verordnung vom 5. September und unabhängig von ihr geplant war, also mit den Ge-

dankengängen der Verordnung in keinem inneren Zusammenhang steht. Darüber wird in Einzelfällen noch zu reden sein. Der Reichsarbeitsminister ein Schreiben entläßt, wonach auch dann eine Tariflohnkürzung für die 31. bis 40. Arbeitsstunde dem verordnungsmäßigen Recht entspricht, wenn der Unternehmer am 15. August oder in den Monaten Juni, Juli und August d. J. keine Arbeitnehmer beschäftigt hat und jetzt einen Arbeitnehmer einstellt. Theoretisch läßt sich die juristische Rechtmäßigkeit einer solchen Ansicht bejahen, nach vernünftigem Bedenken empfindet man so etwas als eine gequälte Konstruktion.

### Nervös oder politische Britte . . . ?

Die Justitia wird mit der Waage in der Hand und der Binde vor den Augen dargestellt. Das soll verbildlichen, daß ohne Ansehen der Person nur sachlich Recht gesprochen werden soll. In Zeiten politischer und sozialer Spannungen werden Urteile, die — wenn auch unbewußt — diesen Bedrängnissen nicht zu entsprechen scheinen, als Klassenjustiz empfunden. Sehr oft bauen sich die Gerichtsentscheidungen auf veralteten Rechtsbestimmungen auf. Das wirkt bei objektiver Fähigkeit des vom Urteil ungünstig Betroffenen dann noch nicht so schlimm, als wenn er sich durch veraltete Rechtsbegriffe zu Unrecht behandelt sieht. Dem sozialen Frieden und der Abmilderung der Spannungen zwischen den einzelnen Ständen dient ein Urteil nicht, wenn es eine Begründung folgender Art, wie wir sie dem Novemberheft des „Arbeitsgericht“ entnehmen, gibt:

„In dieser Zeit der Not, in der wir im Reiche rund sechs Millionen Erwerbslose haben, muß es als kaum glaublich hingestellt werden, daß sich eine Mamsell weigert, wegen Behinderung des Mädchens ausnahmsweise einmal Papierstricheln von der Tanzfläche zu beseitigen. Der Klägerin wäre wirklich keine Perle aus der Krone gefallen, wenn sie die Papierstücke weggejagt hätte. Arbeit schändet nicht, besonders in dieser Notzeit, in der bekanntlich eine Arme von Akademikern zufrieden wäre, wenn sie gewöhnliche Handarbeiten verrichten könnte, nur um Beschäftigung zu finden und dem Staate nicht zur Last zu fallen. Der vorliegende Fall ist einer von den Uebertreibungen bzw. Ueberspinnungen des beruflichen und gewerkschaftlichen Gedankens, welche sich rächen müssen und in den letzten Monaten schon gerächt haben.“

Was diese schiefen Schlussfolgerungen mit dem Recht zu tun haben, ist unerfindlich. Der fragliche Richter hat damit weder dem Richterstand noch dem Staate gedient. Ist es denn zu rechtfertigen, schiefe Ansichten über gewerkschaftliches Tun in Urteilsbegründungen hineinzubringen, wo es sich im Einzelfall um menschliche Schwächen handelt, die doch wirklich mit den in den Schlussätzen kritisierten Gedanken nichts zu tun haben? Gerechtigkeit, auch wenn's mal schwerfällt!

### Rundschau

#### Die Betriebsformen in Deutschland

In Hinblick auf die großen öffentlichen Betriebe, wie Reichsbahn, Reichspost, Vliag, gemeindliche Großbetriebe, Konzerne der Industrie, Warenhäuser, Bankkonzerne usw. besteht oft die Meinung, daß die deutsche Wirtschaft überwiegend in der unpersönlichen Gesellschaftsform betrieben würde. Das ist ein Irrtum. Die Form der Aktiengesellschaft umfaßt 31 Prozent der Industrie, 5,7 Prozent des Handels und Verkehrs, in der Landwirtschaft ist sie kaum erfassbar vertreten. Die Wirtschaftsjahresform der G. m. b. H. wird in der Industrie zu 11,9 Prozent, im Handel zu 9 Prozent wahrgenommen, in der Landwirtschaft findet sie keine Anwendung. Die offene Handelsgesellschaft ist mit 15,8 Prozent Wirtschaftsjahresform in der Industrie, mit 15,7 Prozent im Handel und Verkehr. Einzelinhaber sind in der Industrie 40,1 Prozent, im Handel und Verkehr 63,7 Prozent, in der Landwirtschaft ist die Einzelinhaberschaft naturgemäß die beinahe ausschließliche Betriebsform. Der Gesamtumsatz der deutschen Wirtschaft geht zu 18,8 Prozent über Aktiengesellschaften, zu 10 Prozent über die Gesellschaftsform der G. m. b. H., zu 2,2 Prozent über die Genossenschaftsform, zu 14,5 Prozent über die offene Handelsgesellschaft, zu 46 Prozent über Einzelhandwerker, Einzelhandwerker, Einzelkaufleute, 8,5 Prozent entfallen auf sonstige Wirtschaftsjahresformen. Naturgemäß überwiegt der individuelle Wirtschaftsjahresform im Handwerk, im Handel, in der Landwirtschaft, während die verschiedenen Gesellschaftsformen zusammen in der Industrie mehr als die Hälfte ausmachen.

#### Die Klust

Trotzdem in dieser Notzeit der Arbeiterschaft die größten Opfer auferlegt werden, hat gerade sie eine bewundernswerte Besonnenheit an den Tag gelegt, im Gegensatz zu jenen übernationalistischen Bürgerlichen, deren Lamentationen sehr oft unecht, zum mindesten aber eine nationale Würdelosigkeit waren.

In der Nr. 7/8 (Juli/August 1932) „Der öffentliche Arbeitsnachweis“, Nürnberg/Stuttgart, finden wir in einem Aufsatz von Arbeitsamtsdirektor Dr. Adam (München) folgende Ausführungen:

Mit bemerkenswerter Fassung wurden bisher alle Verschlechterungen der sozialen Leistungen von den Arbeitslosen aufgenommen. Stück für Stück hat man ihnen von ihren Rechten wegnehmen müssen. Und heute ist es so, daß sie mit ihren Verschönerungsbeiträgen auch noch die nachfolgenden Unterstützungsarten zum Teil mit zu finanzieren haben. Die heroische Haltung, mit der der deutsche Arbeitnehmer sich ins Notwendige fügt, ist der Haltung des deutschen Heeres im Weltkrieg würdig. . . . Es ist tragisch, daß zwischen diesem so gebührenden, Ordnung und Autorität so willig anerkennenden Volk und seiner Regierung sich eine tiefe Kluft des Mißver-

### Am 26. Nov. 1932 ist der achthundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

stehens aufgetan hat, an deren Entstehen sicher das Volk nicht die Schuld trägt. Nur einer Regierung, die ihm nach unglücklich schweren Opfern ein Ziel zeigen kann, wird es gelingen, ohne allzu schwere Erschütterungen die nächsten Monate zu bestehen.“

#### Die Höhe der Zollbelastung

Das statistische Reichsamt veröffentlicht jeben eine Reihe von bemerkenswerten Zahlen über die Zollerträge der in den letzten Jahren nach Deutschland eingeführten zollpflichtigen Waren. Gegenüber dem Jahre 1925 haben sich die Zollerträge des Reiches mehr als verdoppelt. 1925 brachten die Zölle insgesamt rund 550 Millionen Reichsmark, während im Jahre 1931 der Betrag von 1 Milliarde und 200 Millionen zu verzeichnen war. Dies ist nicht etwa ein Zeichen verstärkter Einfuhr, sondern es ist lediglich auf die in letzter Zeit laufend erhöhten und erweiterten Zollpositionen zurückzuführen. Eine entsprechende Verteuerung der deutschen Lebenshaltungskosten ist die Folge gewesen. Gegenüber dem Jahre 1925 hat sich der Zollertrag für sämtliche eingeführten Waren um 9 RM. je Kopf der Bevölkerung erhöht, die nun zusätzlich von der Bevölkerung zu tragen sind. Heute beträgt die Zollbelastung je Kopf der Bevölkerung bereits 20 RM.

Da die Zölle für Lebensmittel ganz besonders hoch sind, bedeutet die augenblickliche Zollpolitik des Reiches eine schwere Belastung gerade für die ärmeren Kreise der Bevölkerung, bei denen die Ausgaben für Lebensmittel eine besonders große Rolle spielen. 1931 betrug der Zoll vom Wert der eingeführten Lebensmittel und Getränke über 30 Proz., so daß man sagen kann, daß man in Deutschland gegenüber einem großen Teil des Auslandes um 30 Proz. mehr für die notwendigsten Lebensmittel zu zahlen hat. Es ist im übrigen noch bemerkenswert, daß die Lebensmittel- und Getränkepreise etwas mehr als die Hälfte des gesamten Zollertrages aller eingeführten zollpflichtigen Waren einbringen.

#### Sinkende Steuereinkommen

Die Steuereinnahmen des Reiches sind im letzten Halbjahr erheblich gesunken. Statt 3,84 Milliarden im April — September 1931 vereinnahmte das Reich im gleichen Steuerhalbjahr 1932 nur 3,35 Milliarden RM. In diesem Rückgang des Steuereinkommens sind in besonderem Maße die Einkommensteuern und die Besitzsteuern beteiligt. Die Einkommensteuer vom Lohn, vom Kapitalertrag und aus den veranlagten Einkommen ging um 37,9 v. H. zurück. Vermögenssteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalverkehrssteuer sowie die Erbschaftsteuer sind teilweise in noch viel stärkerem Maße gesunken. Demgegenüber zeigen die indirekten Steuern ein wachsendes Aufkommen. Die Umsatzsteuer erbrachte infolge der Tarifserhöhung fast die Hälfte mehr als im vorigen Jahre. Die Zölle und die Tabaksteuern sind gleich hoch geblieben, und die Zucksteuer hat ein um 36 v. H. besseres Aufkommen. Etwas gesunken hingegen sind die Einkünfte aus der Schaumweinsteuer, aus der Leuchtstoffsteuer, aus der Mineralölsteuer, aus der Spielfartensteuer und in stärkerem Maße die Einkünfte aus der Biersteuer sowie aus dem Spiritusmonopol. Diese Verlagerung des Steuereinkommens wird durch die Krise bedingt. Die sinkenden Einkommen bringen weniger, und die indirekten Steuerquellen erweisen sich immer mehr als die Stützen der Reichseinnahmen. Soweit es sich allerdings um entbehrliche Güter handelt, beginnen auch bereits hier die Einnahmen zu sinken, sofern nicht wie bei der Umsatzsteuer durch eine Veränderung des Steuertarifes gewaltsam mehr Einnahmen erschlossen werden.

#### Die christlichen Gewerkschaften Österreichs

In den Vorkriegs- und ersten Nachkriegsjahren waren die christlichen Gewerkschaften in Österreich dauernd in eine Desensibilisierung zu den sozialistischen Gewerkschaften gezwungen. Die Agitationsmaßnahmen der letzteren Richtung übertrafen die der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung noch um ein bedeutendes an Rührigkeit. Daß Ueberzeugung und innere Gesetzmäßigkeit aber doch durchziehen, haben die letzten Jahre bewiesen. Die freien Gewerkschaften Österreichs sind vom Höhepunkt ihrer Macht zu Ende des Jahres 1921 von 1.970.000 um fast die Hälfte auf 582.000 zu Ende 1931 gesunken. Im gleichen Zeitraum haben sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften um 26 Prozent vermehrt. Einem ehemals zahlenmäßigen Verhältnis von 100 : 3,9 steht heute ein solches von 100 : 18,6 gegenüber. Die christlichen Gewerkschaften zählten Ende 1931 in Österreich über 108.000 Mitglieder. Zahlenmäßig am stärksten sind sie in Wien. Im Prozentverhältnis zu den sozialistischen Gewerkschaften stehen sie am günstigsten in Borsarlberg, dann in Tirol, am ungünstigsten immer noch in Wien, was auf eine besondere Ausnutzung örtlicher Verwaltungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Die Wirtschaftskrise hat auch in Österreich einen gewissen Rückgang gebracht, der im Gesamten allerdings sich im Jahre 1931 auf 3 Prozent beschränkt.

#### Der verhungerte Bernhardiner

Durch die Zeitungen geht ein Bericht, wonach ein Berliner Tierhändler zu vier Wochen Haft verurteilt wurde, weil er einen Bernhardiner so schlecht gefüttert und gepflegt habe, daß dieser daran verendet sei. Niemand wird das beanstanden, und für jeden toten Menschen, der ein wehrloses Tier so quält, ist eine exemplarische Strafe durchaus am Platze. Aber es drängt sich doch folgende Ueberlegung auf: Höher als das Tier steht der Mensch. Tausende von Familien hungern in Deutschland, weil ihnen die letzten Notverordnungen noch das

allerletzte wegnahmen. Tausende unschuldige Frauen und Kinder sind der Verzweiflung und dem Hunger überantwortet. Die Angelegenheit des Bernhardiners hat zahlreiche Menschen beschäftigt. Große Tierliebhaber stellen tagelange Beobachtungen an. Die Deutsche Gesellschaft für Tierrecht stellte für die Beobachtungen eigens eine Inspektion zur Verfügung. Man kaufte den Bernhardiner auf und übergab ihn der Pflege eines anerkannten Tierarztes. Der Bund für radikale Ethik erstattete Anzeige. Eine wirklich rührende Sorge. Wenn man auch nur einen Bruchteil dieser Sorge den zahllosen verhungerten Menschen zuwenden wollte, könnte manche Not gelindert werden. Und vor allen Dingen, wenn man mit der gleichen Entschiedenheit gegen die gehen würde, die die Not verordnet haben, dann würde der verschüttete Glauben an Recht und Gerechtigkeit langsam zurückkehren.

#### Das Ende trägt die Last!

Ohne zu dem vor einigen Wochen in Berlin stattgefundenen Verkehrsstreik grundsätzlich Stellung zu nehmen, ist zur Frage der äußeren Ursache folgendes erügenswert. Die Berliner Verkehrsgeellschaft glaubt einen Lohnabbau notwendig zu haben, weil der Betrieb sonst nicht mehr wirtschaftlich wäre. Daran hat man allerdings bei der Erwerbung der Grundstücke für die Untergrundbahnen nicht gedacht. 80 Millionen Mark mußten mehr gezahlt werden als dem Steuerwert der Grundstücke entsprach. 80 Millionen Mark weniger Schulden bedeutet bei 6 Prozent Zinsen jährlich 4.800.000 Mark Ersparnis. Bis dieser Betrag durch Lohnkürzungen ausgeweht ist, muß manche Arbeiterfrau die Rationen kürzen, weil ein unberechtigter Mißbrauch mit Grund und Boden öffentliche Anlagen verteuert. Das Ende trägt die Last!

#### Ein sozialer Großgrundbesitzer

Die Angehörigen der ehemaligen sächsischen Königsfamilie haben sich immer durch ein bestimmtes Volkstumbunden sein günstig von einigen anderen „Landesvätern“ abgehoben. Prinz Friedrich August von Sachsen hat die Tradition seines Hauses fortgesetzt. Er hat seine beiden Güter Fürsten-Elguth und Wilhelminen-Ort im Kreise Oels in Schlesien für 50 Siedlerstellen zur Verfügung gestellt. Für das 3000 Morgen große Gelände wurden keinerlei staatliche Zuschüsse in Anspruch genommen. 18 ehemaligen Gutsarbeitern wurde jede Anzahlung für ihre Siedlerstelle erlassen. Eine soziale Tat zur rechten Zeit!

### Tarifnachrichten

#### Schlesien.

Ein sonderbarer Heiliger, der seinen Namen hinter drei Ringen verbirgt, berichtet in der „Bauwelt“, Nr. 45, vom 10. November über den Lohnkonflikt in Schlesien. Anschließend an den Tarifachenbericht über den arbeitgeberseitig abgelehnten Schiedspruch in Schlesien und Streiks auf einigen Breslauer Baustellen glaubt er anzunehmen, daß die baugewerblichen Arbeitgeberverbände versuchen werden, eine einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaften herauszubringen, weil Streiks als tarifwidrig anzusehen sind. Da die tariflichen Lohnsätze durch Kündigung abgelassen sind, besteht zweifellos im Breslauer Tarifgebiet ein tarifloser Zustand, während dessen Dauer jeder Unternehmer mit den von ihm beschäftigten Arbeitern den Lohn frei vereinbaren kann. Der rechtliche Widerspruch dieser Meinung liegt klar zu Tage. Während im Schlußsatz von einem tariflosen Zustand und dem dadurch gegebenen Recht der sogenannten „freien“ Lohnvereinbarung gesprochen wird, will man es der Arbeiterschaft verübeln, wenn sie gegen die Einzelabwürgung mit dem immer noch zulässigen Recht der gemeinsamen Arbeitsverweigerung vorgeht und bezieht sich auf einmal auf den Tarif, der im zweiten Satz abgelehnt wird. Friedenspflicht besteht nur für solche Fragen des Arbeitsvertrages, die tariflich vereinbart sind. Für alle andern hat der Arbeiter Handlungsfreiheit wie der Unternehmer auch. Man muß sich über die Dreifaltigkeit einer so sachlich und rechtlich unlogischen Arbeitgeberrepublik wundern. (Wie wir eben erfahren, ist eine arbeitgeberseitig beantragte einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht abgelehnt worden. Red.)

Rheinland: Durch den Schiedspruch des Sonderlichters vom Frühjahr d. J. war eine Kündigung der Lohnsätze zum 30. November möglich. Die Verträge der Arbeitgeber, an den Lohnsätzen in einer Reihe von Gebieten scharfe Abstriche zu machen, wurden ununterbrochen abgelehnt. Der Schlichter für das Rheinland hat eine Schiedsstelle berufen. Diese hat einen Gesamtvorschlag gemacht, der noch eingehenden Ermäßigungen von allen Seiten Annahme gefunden hat. Damit sind die Löhne für das Rheinland bis zum 28. Februar 1933 geregelt. Wenn der Vorschlag der Schiedsstelle für einzelne Orte bedauerliche Lohnsenkungen gebracht hat, so kann doch festgestellt werden, daß die Arbeitgeberversuche, ganz wesentliche Verschiebungen in den Ortsklassen und wesentliche Einbrüche in den oberen Lohnklassen zu erzielen, gescheitert sind. Der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen hat die Kündigung vollzogen und sich an den Verhandlungen nicht beteiligt. Die Durchführung des Tarifvertrages, und insbesondere des Lohns, muß unsere nunmehrige Aufgabe sein.

Der Bezirksarbeitsvertrag für das Stuckgewerbe in Baden ist mit Wirkung ab 1. November für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der berufliche Geltungsbereich umfaßt alle gewerblichen Arbeiter im Stuckgewerbe (Modellier-, Gipsbildhauer-, Stuck- und Gipsarbeiten). Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf Mittel- und Oberbaden sowie Unterbaden, mit Ausnahme des Amtsbezirks Mannheim. Von der allgemeinen Verbindlichkeit sind ausgenommen die Bestimmungen des § 8 des Tarifvertrages (Behandlung von Streitigkeiten). Die allgemeine Verbindlichkeit endet vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

### Aus dem Verbandsleben

**Wormditt.** Unsere Versammlung am 23. Oktober konnte sich eines zahlreichen Besuches erfreuen. In einem kurzen Trauerakt ehrte der Vorsitzende, Kollege Böhm, unsere verstorbene Hauptvorsitzende, Kollegen Wiedeborg. Unser Bezirksleiter, Kollege Liebnitz, sprach zu dem hauptsächlich von den Kommunisten immer wieder geprägten Schlagwort einer Einheitsfront. Er kennzeichnete die grundsätzlichen Bestrebungen der Sozialisten von links und rechts. Ihre auf Vermählung der Menschen gerichteten Ziele gehen an der für die Gestaltung besserer Verhältnisse notwendigen Hebung der Einzelverantwortung vorbei. Unsere christlichen Gewerkschaften sehen hierin die Grundlage ihrer Aufgaben, sie haben ihre Grundzüge noch nicht zu ändern brauchen. So begreiflich der Widerspruch sein kann, so wenig ist es angebracht, aus radikalen Ueberhebungen Änderungen zum Guten zu erwarten. — Die Notverordnungen des letzten halben Jahres werden von uns als schwerstes Unrecht empfunden. Wir erwarten, daß die bescheidene Winterzulage nun auch wirklich den Arbeitslosen zugute kommt. — Begrüßt wurden die Gründung eines Bezirksartells für das Ermland, welche am 9. Oktober erfolgt ist. Dem damals gehaltenen Vortrag über die Aufgabe des Bezirksartells stimmen wir zu und hoffen, daß auch die dort anwesenden Reichstagsabgeordneten unsere sozialen Belange pflegen. Die Leitung des neuen Bezirksartells liegt in den Händen unseres Kollegen Grabowski-Mlenstein.

**Leipzig.** Die Versammlung unserer Verwaltungsstelle am 3. November war gut besucht. In einem kurzen, aber wirkungsvollen Vortrag besprach der Kartellvorsitzende, Kollege Nowak, die bei der Wahlagitiation betriebene Unparteilichkeit durch die Parteien. Lüge und Verheugung erschüttern die so notwendige Einigkeit. Durch entsprechende Behauptungen wird versucht, die sozialen Rechte des schaffenden Volkes zu diskreditieren. Parteien, die in dieser Form arbeiten, haben nicht das Recht, auch wenn sie es noch so stark betonen, sich als christlich zu bezeichnen. Für uns als christliche Arbeiter geben solche Vorkommnisse erneut die Lehre, besonnen zu bleiben, die Einigkeit zu wahren und damit der Gefahr, zum Radikalismus zu werden, zu begegnen. Kollege Käthe besprach den Verlauf des Düsseldorf Gewerkschaftsfongresses. In der Diskussion wurden die Ausführungen der Redner zustimmend ergänzt. Anerkennung fand auch der Vertrieb der Lose der christlichen Arbeiterhilfe.

**Wuppertal (Barmen).** Die verdiente Ehrung von acht Jubilaren gab uns Anlaß, am 12. November eine kleine Feier zu veranstalten. Auch die Alltagsorgen müssen einmal für ein paar Stunden in die Ecke gestellt werden. Der Begrüßung durch den Kollegen Kose und der Dankesworten an die Jubilare folgte unsere Bauarbeiterhymne sowie Theater- und Musikstücke. Kollege Mergenthal-Kemisch behandelte in seinen Ausführungen die wirtschaftliche und soziale Not und ihre besonderen Gefahren in wirtschaftlicher und staatspolitischer Beziehung. Zur Zeit haben wir Erhaltungsarbeit zu leisten an dem, woran viele Jahre gearbeitet wurde, und woran auch unsere Jubilare ihren Teil mitgetragen haben. Die Arbeiterschaft bedarf keiner Belehrung, daß sie an der Not des Volkes mittragen muß. Sie trägt mehr, als es ihrer Pflicht entspricht; sie stellt Warnungstafeln auf für die, die aus der Not politische Gesinnung machen wollen und mit ungleichen Maßstäben messen. Redner überreichte mit den entsprechenden Glückwünschen das Verbandsdiplom und die Silbermedaille den Jubilaren Hermann Sellengroth, Albrecht Manns, Anton Heimann, August Schmidt, Franz Heile, Peter Schwamborn, Wilhelm Lang, Alex. Belten. Wir wissen in der Arbeiterschaft zu schätzen, was es heißt, 25 Jahre ununterbrochen unter vielen Opfern einer Idee zu dienen. Das war aus den Gesichtern der Geheuten, wie auch der anderen Kollegen abzulesen. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Heimann. Der Abend hat bei uns erneut das Gefühl der Standes- und Berufsverbundenheit verstrahlt.

**Schölk-Rhede.** Unsere beiden Ortsgruppen veranstalteten am 13. November eine einfache, aber würdige Verlaufene Familienfeier. Im Mittelpunkt derselben stand die Ehrung unserer zwei Jubilare Fritz Siebhaber und Andreas Saul. Kollege Einig, Gladbeck, wies in treffenden Worten auf die überragende Bedeutung der Berufsorganisation hin und würdigte die Erfolge unseres Verbandes für seine Mitglieder. Besonders gedachte er der aufopfernden Tätigkeit der beiden Jubilare. Ein vorbildliches Beispiel hätten auch die Frauen der beiden Jubilare gegeben, die diesen stets tatkräftig zur Seite standen. Im Auftrage des Hauptvorstandes und der Verwaltungsstelle sprach er Glückwünsche aus, gleichzeitig überreichte er namens des Hauptvorstandes als sichtbares Zeichen der Anerkennung für die 25jährige Verbandszugehörigkeit eine eingetragene Ehrenurkunde und reichte jedem Jubilare die Silbermedaille an. In das vor ihm angebrachte „Hoch“ auf die Jubilare und unseren christlichen Bauarbeiterverband stimmten die Versammelten begeistert ein. Spontan sang man sodann die Bauarbeiterhymne. Auch das Ortsartell und unsere Ortsgruppe der Fertigarbeiter sprachen Glückwünsche aus. Die sehr anregend verlaufene Familienfeier wurde durch Niederworte des Gesamtquartells des katholischen Arbeitervereins verabschiedet.

**Gladbeck.** Die Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung unserer Ortsgruppe war sehr zahlreich besucht. Es wurden organisatorische und arbeitsmarktpolitische Fragen erörtert. Auch bei dieser Gelegenheit wurde mit allem Nachdruck die Heranziehung von Baujahrarbeitern zu Fortbildungskursen, bei welchen Baujahrarbeiten ausgeführt werden, durch die Stadtverwaltung, gerügt und unwirksam abgelehnt. Es wurde festgestellt, daß es empfindlich ist, daß das selbständige Handwerk in dieser Frage mit den Bauarbeitern einig geht. In gleicher Weise

wurde die starke Ausbreitung des Freiwilligen Arbeitsdienstes gerügt. Sodann wurde noch die Winterarbeit im einzelnen besprochen und festgelegt.

**Duisburg.** Im Rahmen unseres Winterprogramms sprach am 15. November in einer besonderen Erwerbslosenversammlung der Bauarbeiter und Holzarbeiter der Redakteur der Christlichen Metallarbeiter, Kollege Georg Wieber, über das Thema: Der gegenwärtige Freiheitskampf des deutschen Volkes. Tiefgründig behandelte er diesen entscheidenden Kampf — im Politischen wie im Wirtschaftlichen — wobei er die verschiedensten Momente dieser Auseinandersetzung in ihrer Tragik herausstellte und sie in ihrer staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Bedeutung einer kritischen Würdigung unterzog. Die „autoritäre“ — Regierung Papen hat das Volk viel schlimmer auseinandergerissen, als die klassenkämpferischen Parteien es jemals hätten tun können. Eine Regierung, die die Besitzenden in Schutz nehme und die Lasten auf die Besitzlosen abwälze, sei keine nationale, keine christliche Regierung. Wir lehnen sie ab. Der Vorwurf des Klassenkampfes steht denen nicht an, die seit einem Jahrhundert den Klassenkampf von oben geführt haben. Im Nationalen und Sozialen lägen die Wurzeln deutschen Lebens und deutschen Wesens. Sie seien in der deutschen Geschichte selten verstanden und noch häufiger mißbraucht worden. Im Jahre 1815 sei das deutsche Volk um die Früchte seiner Taten in den Befreiungskämpfen von der damaligen Herrschaft betrogen worden. 1848 wurde die, wenn auch ungeklärte Sehnsucht des deutschen Volkes nach einem Groß-Deutschland elend vertan. Für die ungeheure Anspannung beim Wirtschaftsaufstieg der Vorkriegszeit dankte man dem preußischen Volke mit dem Drei-Klassen-Wahlrecht. Heute, an der Wende zu neuem staatlichen und sozialen Leben will wieder eine Herrschaft das deutsche Volk und besonders die Arbeiterschaft in den Zustand der Erniedrigung bringen. Der Redner griff auf seinen in der deutschen Presse viel beachteten Vorschlag zurück, die verantwortungsbereiten Kräfte im Reichstag zu einer Rettungsaktion zu verbinden. Der Ernst der Stunde verlange das. Wer in der jetzigen Stunde versage, habe seine Pflicht veräußert. Durch Film und Radio würden breite Massen des Volkes irreführt. Die Maßnahmen der Regierung Papen waren immer zweifelhafte. Sie gestattete den Radikalfreien Streikposten, auf der anderen Seite unterband sie den Gewerkschaften die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft mit der Absicht der Vernichtung ihrer Kassen. Der Feind der Arbeiterschaft sei die Großbourgeoisie, die unter dem Schlagwort der „nationalen Konzentration“

### Sterbefahel

Am 29. Oktober starb infolge einer tödlichen Krankheit unser lieber Kollege Johann Ohren im Alter von 25 Jahren

Ortsgruppe Gummiach, Verwaltungsstelle Köln.

Am 10. November starb nach einem 1 1/2 jährigen schweren Lungenleiden unser Kollege Jakob Bauer im besten Mannesalter von 38 Jahren durch ein im Kriege zugezogenes Lungenleiden. Wir verlieren in ihm einen der Besten der Ortsgruppe Falkenstein.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Am 12. November verschied unser lieber Kollege Josef Keitmeier, Stufatourlehrling, im Alter von 18 Jahren infolge eines Kehlkopfleidens.

Verwaltungsstelle Regensburg.

Am 13. November starb unser langjähriger Verbandskollege Josef Calenbuhr im Alter von 59 Jahren an Herzleiden. Verwaltungsstelle Remscheid.

Am 13. November starb unser lieber Kollege und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle, der Maurer Simon Herwig, im Alter von 74 Jahren.

Verwaltungsstelle Dingelsbüchel.

Ehre ihrem Andenken!

**Über 100000 Familien**

besitzen seit Jahren unsere billigen Schuhe

1.8 Arbeitsstiefel naturbraun, Gummistrichleder, elsenbeschlagen **4.50**

Bekommen Sie kostenlos den neuen reichhaltigen Produktkatalog. Versand: kostenlos oder Geld zurück.

**Deutsche Schuhfabrik**

Wuppertal P 12, Kappelstraße 11

**Geschenke billig**

**Wachstums-Katalog gratis!**

**Sigurd-Gesellschaft**

**Kassel 51**

**Alles billiger!** Wertvollste gratis. Bestelle Wertungscompany. Segen i. West. 136.

**Kauft bei unseren Inserenten!**

Möbel-Kamerling N. Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstr. Speise-, Schlaf-, Herrens-, Küchen-, Zurrückgenom. Zim. u. Fr. Polier-, Beiz- u. Poliermaschinen. Werkst. Kassa u. Teilszahlung.

sich politische Sonderprivilegien sichern wolle. Wir wollen, daß der neue Staat die soziale Verpflichtung in sich trägt, die Interessen der Großbourgeoisie in die Interessen der Allgemeinheit einzugliedern. Aus den Wirtschaftsuntertanen müssen Wirtschaftsbürger werden.

### Bekanntmachung

Der Verbandskalender für das Jahr 1933 befindet sich im Druck und soll Anfang Dezember verständig fertig sein. Der Kalender ist ein guter Begleiter durch das Jahr. Neben den notwendigen Zeitangaben gibt er einen Ueberblick über die Tätigkeit und Lage unseres Verbandes, dazu eine Reihe von Aufsätzen zu aktuellen Fragen der Zeit. Der Preis ist 55 Pf. Bestellungen an Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-4, Abt. 5. Der Hauptvorstand.

T 20/11



## 280000 Weihnachtspakete

wurden im letzten Jahre bei mir bestellt!

### Ungeheure Nachfrage

schon in diesem Jahre!

Wollen Sie noch so billige und gute Waren, dann bestellen Sie sofort!

**Gültig nur bis Weihnachten 1932!**

Keine Abgabe an Wiederverkäufer!

Nr.	Artikel	Preis
61	Vorhangstoffe (sog. Gardinen), indianischfarbig gestreift, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte 70 cm breit v. Mtr.	-10
62	Baumwolltuch ungelbleicht, gute, besonders reichste Sorte, für sehr haltbare Wäschestücke 78 cm breit v. Mtr.	-25
63	Baumwolltuch ungelbleicht, besonders starke, fast unverwundliche Qualität, für strapazierbare Betttücher usw. 140 cm breit v. Mtr.	-65
64	Hemdenflanell, fast unverwundlich, aber auch haltbare Qualität, mit garantiert schönstem Streifenmuster 70 cm breit v. Mtr.	-25
65	Hemdenflanell, vorzügl. dichtgeschlossene, feine, feinstabige, fast unverwundliche Qualität, mit garantiert schönstem Streifenmuster, 80 cm breit v. Mtr.	-33
66	Weißes Hemdentuch, mittel-, dichtgeschlossene, vorzügl. Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche, 80 cm breit v. Mtr.	-34
67	Hemdenjerse, sehr gute, mittelfeinabige Sorte besonders haltbar, mit etwas gedekter, mittelfarbigen Mustern, garant. waschecht, 80 cm breit v. Mtr.	-34
68	Handtuchstoff, kräftige Strapazierqualität, 40 cm breit v. Mtr.	-26
69	Büchtücher, solide, haltbare Sorte 45 x 45 cm per Stück	-10
70	Büchtücher, tatierte Muster, bessere, sehr strapazierbare, bewährte Qualität, 55 x 55 cm - - - per Stück	-20
71	Frotteierhandtücher, aus vorzügl. Stoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte, 45 x 100 cm per Stück	-55
72	Saifentücher, weiß, mit Hochbaum, gute, besonders bestickte, schöne Sorte, 30 x 30 cm, per 1/2 Duzend	-61
73	Saifentücher, mit weißem Grund, und besonders feinen, farbigen Ranten, elegantes Herrentuch, 45 x 45 cm per 1/2 Duzend	1.25
74	Schlafdecken, lamellenhaarartig, schwere strapazierbare Sorte, aus solidem Material, daher haltbare, weiche, warme Qualität, Größe 130 x 190 cm per Stück	2.70
75	Weißes Hemdentuch, mittelstark-, fähige, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität, ohne Appretur hergestellt, jedoch mitunter nicht vollkommen rein gebleicht. Da diese Qualität ganz appreturfrei ist, wird dieselbe in der Wäsche normalerweise fast leichter noch blickter und ist deshalb für gute, sehr haltbare Wäsche zu verwenden. Die nicht vollkommen reinen Stellen, welche kaum bemerkbar sind, lassen sich durch Waschen bekanntlich entfernen. 80 cm breit	-20

Abnahmepreis per Meter nur Abgabe hiervon bis 20 Meter an jeden Abnehmer!

Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket eine hübsche, gutgehende Standahe beigelegt

Auf Wunsch werden statt der Standahe **RM. 1.10 in bar vergütet**, welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.

Berlauf erfolgt per Nachnahme von RM. 10.— an: portofreie Lieferung von RM. 20.— an.

Keine Garantie: Auf Wunsch sofortige Rücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.

## Josel Witt, Weiden 6 (Opl.)

2200 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Verbandsabteilung.